



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Wahlperiode werden wir mit zwei Gesetzen die Pflege deutlich stärken. Wir wissen: Die Zahl der Pflegebedürftigen und Demenzkranken wird weiter ansteigen. Dafür sorgen wir schon heute vor. Die Verbesserungen des ersten Pflegestärkungsgesetzes treten bereits zum 1. Januar 2015 in Kraft. Es gibt spürbar mehr Geld. Vorgesehen ist eine Anhebung der Leistungen um vier Prozent. Insgesamt erhöhen wir die Ausgaben für Pflege um ein Viertel. Eine solche Steigerung der Leistungen hat es in der Sozialgeschichte noch nicht gegeben.

Echte Betreuung wird möglich. Das bedeutet, dass Angehörige beim Waschen, Pflegen und Betreuen entlastet werden. Vor allem ist wichtig, dass die zeitlich befristete vollstationäre Versorgung und die vorübergehende Pflege und Betreuung anstelle der Angehörigen künftig besser kombinierbar sind. Wer ambulante Pflegeleistungen und/oder Pflegegeld bekommt, kann in Zukunft auch Tages- und Nachtpflege voll in Anspruch nehmen. Die Erhöhung der Zahl der Betreuungskräfte wird zu einer spürbaren Entlastung in den Pflegeheimen führen. In einem zweiten Gesetz sollen weitere Schritte folgen, die Demenz noch stärker berücksichtigen.

Von der zum 1. Januar 2015 geplanten Beitragssatzerhöhung wird ein Drittel, nämlich 1,2 Milliarden Euro jährlich, in einem Pflegevorsorgefonds angelegt. In diesem soll über zwei Jahrzehnte angespart werden, um dann ab 2035, wenn die Babyboomer-Generation der 60er-Jahre in die Jahre kommt, künftige Beitragszahler zu entlasten. Um den Fonds vor unberechtigten Zugriffen zu schützen, wird er bei der Deutschen Bundesbank verwaltet.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

KURZ UND BÜNDIG

14.10. Fachgespräch zum Thema betriebliche Mitbestimmung mit dem DGB

15.10. Gespräch zum Thema Gesundheitsförderung und Prävention mit dem VDBW

16.10. Gespräch zur betrieblichen Gesundheitsförderung und Versorgung psychisch Erkrankter mit der DAK-Gesundheit

DABEI SEIN – TERMINE

21.10. Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro Wolfenbüttel

22.10. Fachtagung „Mehr Ältere auf dem Arbeitsmarkt und in den Betrieben“ in Dortmund

23.10. 20 Uhr Vortrag zur Asse beim Stammtisch der CDU Halchter im Gemeinschaftshaus

24.10. CDA-Kreisverband Wolfenbüttel besucht Caritas

24.10. 19 Uhr Politik im Schafstall in Veltheim



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Einer von uns in Berlin Sitzungswoche vom 13. bis 17. Oktober

Beratung Digitale Agenda 2014 bis 2017. Ziel der ressortübergreifenden Gesamtstrategie ist es, den digitalen Wandel in Deutschland im Sinne von Innovation und bei einer weiteren Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit aktiv zu gestalten. Die Bundesregierung benennt sieben konkrete Handlungsfelder. Sie reichen von der Infrastruktur in Deutschland über die Chancen der digitalen Wirtschaft und des digitalen Wirtschaftens bis hin zur internationalen Ebene. Das weltweite Netz stellt unser Land vor neue Herausforderungen. Wir sehen große Chancen für den Standort Deutschland und erkennen die Möglichkeiten der Verbesserung von Teilhabemöglichkeiten für die Menschen in unserem Land. Dabei berücksichtigen wir auch die Gefahren, die sich aus der digitalen Entgrenzung ergeben können. Neben der Notwendigkeit einer Medienbildung stellt die

IT-Sicherheit ein zentrales Handlungsfeld dar. Wir wollen all diese Aspekte in der parlamentarischen Begleitung der Digitalen Agenda der Bundesregierung behandeln und die Prozesse aktiv vorantreiben.

Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung solcher Erzeugnissen. Der vorliegende Vorschlag der Kommission sieht eine erhebliche Verschärfung der geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen für Öko-Betriebe vor, was die Betreiber zur Aufgabe zwingen könnte. Wir befürchten eine starke zusätzliche Belastung dieser Betriebe etwa durch den kompletten Wegfall geltender Ausnahmeregelungen. Mit unserer Stellungnahme weisen wir darauf hin und machen Vorschläge zur Bereinigung der problematischen Festlegungen. Auch im



Dani Karavans Werk „Grundgesetz 49“. Infos zur Kunst am Bau stehen auf der Homepage des Bundestages.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU

Bereich der Durchsetzung ökospezifischer Kontrollvorschriften treten wir im Wesentlichen für den bewährten Status Quo ein.

Gesetz zur Änderung des Antiterrordateigesetzes (ATDG) und anderer Gesetze. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat die Verfassungsmäßigkeit ATDG in seinem Urteil vom 24. April 2013 bestätigt, gleichzeitig aber auch einigen Änderungsbedarf in der Ausgestaltung von Einzelpunkten benannt. Ebenfalls Anfang 2013 wurde die gesetzlich vorgeschriebene Auswertung des ATDG abgeschlossen. Wir setzen die Änderungen, die sich aus dem Spruch des BVerfG und der Evaluierung ergeben, in zweiter und dritter Lesung um. Zugleich ändern wir damit das Rechtsextremismus-Datei-Gesetz, das dem ATDG nachgebildet war und daher ebenfalls angepasst werden soll. Weitere Änderungen erfolgen im Bundesverfassungsschutzgesetz, im BKA-Gesetz sowie im Aufenthaltsgesetz.

Berufliche Bildung zukunftssicher gestalten - Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung stärken. Das eingespielte Gefüge zwischen akademischer und beruflicher Bildung droht in eine Schieflage zu geraten: Während der Anteil der Menschen in einer akademischen Ausbildung weiter steigt, geht der Anteil der beruflichen Ausbildung zurück. Mit unserem Antrag wollen wir die berufliche Bildung

stärken. Wir zielen dazu insbesondere darauf ab, Jugendliche mit schlechteren Startbedingungen in eine Berufsausbildung zu bringen. Dies gilt insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Als zweites zentrales Handlungsfeld der beruflichen Bildung sehen wir die Schaffung von Angeboten, die die Motivation von Studienabbrechern stärkt, eine Berufsausbildung aufzunehmen. Signalwirkung hat auch die Verbesserung der Förderbedingungen der beruflichen Aufstiegsfortbildung, das sog. „Meister-BAföG.“

Zweites Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes. Das in zweiter und dritter Lesung beschlossene Gesetz beziffert neue Mautsätze für Lkw auf der Grundlage des aktuellen Wegekostengutachtens. Diese müssen bei der Berücksichtigung der augenblicklich wesentlich gesunkenen Zinskosten an die Nutzer weitergegeben werden. Die so entstehenden Mindereinnahmen werden in Teilen dadurch ausgeglichen, dass bei der Mautberechnung Luftverschmutzungskosten erstmals berücksichtigt werden können.

Vorstand des CDU-Landesverbands Braunschweig zu Besuch in Berlin. Gemeinsam mit meinem Abgeordnetenkollegen Carsten Müller (Braunschweig) und der



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



CDU

Bundesministerin für Bildung und Forschung, Johanna Wanka begrüßten wir eine Besuchergruppe aus dem Landesverband Braunschweig. Die Gäste waren im Rahmen einer zweitägigen Bildungsfahrt nach Berlin gereist und legten für einen politischen Gedankenaustausch einen Zwischenstopp im Deutschen Bundestag ein. Die Gäste nutzen die Gelegenheit, um über politische Entwicklungen mit uns Abgeordneten und der Bundesministerin ins Gespräch zu kommen. Themen waren insbesondere die aktuellen bildungs- und forschungspolitischen Schwerpunkte der Bundesregierung.

Mittendrin im Wahlkreis 49 11. bis 12. Oktober

Erntedankfest in Wolfenbüttel.



Erntefest des CDU-Kreisverbandes Wolfenbüttel. Tolle Arbeit leisteten der CDU-Kreisverband, die Frauen Union sowie die Senioren Union Wolfenbüttels. Über 240 Senioren folgten der Einladung zum Erntefest in die Lindenhalle – 40 mehr als im Vorjahr! CDU-Kreisvorsitzender



Beim Herbstfest in Cremlingen stand ich auch für Fragen rund um die Bundespolitik zur Verfügung.

und Landtagsabgeordneter Frank Oesterhelweg hob zu Recht die Arbeit der zahlreichen ehrenamtlichen Helfer hervor. Meiner Meinung nach ist die Ernte immer ein Anlass zum Feiern. Es ist ein Zeichen der Dankbarkeit, aber auch der Besinnung. Denn ein reich gedeckter Tisch ist nicht immer und überall selbstverständlich.

Herbstfest in Cremlingen. Ein voller Erfolg war das Herbstfest des Ortsverbandes Cremlingen auf dem Hof Weber. Der Tag stand ganz im Zeichen der Heimatgeschichte und der Geselligkeit. Neben Gegrilltem und Kuchen, gab es auch reichlich spannende Dorfgeschichte durch den Gastgeber und Ortsheimatpfleger Jörg Weber. Der Goldene Oktober bescherte uns einen fast sommerlichen Samstag und rundete den historischen Ortsrundgang und die Besteigung des örtlichen Kirchturms perfekt für alle Interessierten ab.

Zum Schluss, doch nicht das Letzte

Kitas legen Wert auf Fachkräfte. Zum 1. März 2014 wurden in deutschen Kitas rund 561.600 Kinder unter drei Jahren betreut, was einem Plus von 11,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die steigenden Betreuungszahlen schlagen sich auch in den Personaldaten nieder: In den 53.415 Einrichtungen waren 527.400 Personen als pädagogisches Personal sowie als Leitungs- und Verwaltungspersonal beschäftigt – ein



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Anstieg von 6,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Den Kern des Betreuungspersonals bilden Erzieherinnen und Erzieher mit erfolgreich abgeschlossener Ausbildung (67 Prozent), gefolgt von Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern (12 Prozent). Die begonnene Akademisierung des Berufsfeldes etwa durch neu eingerichtete Studiengänge zum staatlich anerkannten Kindheitspädagogen hat sich noch nicht in den Beschäftigungszahlen niedergeschlagen (5,3 Prozent). Ebenso wenig kann davon gesprochen werden, dass die Kindertageseinrichtungen wegen der Personalknappheit verstärkt nicht qualifiziertes Personal einstellen würden: Dessen Anteil war mit 4,7 Prozent nur geringfügig höher als im Vorjahr.

60 Jahre Kindergeld. Am 14. Oktober 1954 wurde auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion vom Deutschen Bundestag das Gesetz über die Gewährung von Kindergeld und die Errichtung von Familienausgleichskassen

beschlossen. Familien erhielten so für das dritte und jedes weitere Kind monatlich 25 Deutsche Mark (DM). Von 1961 an bekamen Familien auch für das zweite Kind eine Leistung, seit 1975 wird Kindergeld ab dem ersten Kind gezahlt. Die bedeutendste Erhöhung des Kindergelds wurde im Jahr 1996 im Zusammenhang mit der Berücksichtigung des steuerlichen Existenzminimums von der christlich-liberalen Regierungskoalition beschlossen: Der Betrag für das erste Kind wurde von 70 auf 200 DM angehoben, für das zweite von 130 auf 200 DM und für das dritte von 220 auf 300 DM. Die jährlichen Ausgaben für das Kindergeld lagen vor 1996 bei umgerechnet etwa 9 Milliarden Euro für insgesamt 14 Millionen Kinder und stiegen im Zuge der Reform auf rund 20 Milliarden Euro an. Im Jahr 2012 wurden rund 34 Milliarden Euro für insgesamt 14,5 Millionen Kinder gezahlt.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU

